

GESUNDHEIT

## Reform gescheitert?

Die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) geraten in die Kritik, weil sie den Beitragssatz der Versicherten seit 2004 nur um 0,17 Prozentpunkte gesenkt haben – obwohl die Bundesregierung eine Minderung um einen Prozentpunkt vorgegeben hatte. Stattdessen, so der Bundesrechnungshof in einem Bericht ans Parlament, nutzten die Kassen Einsparungen infolge des GKV-Modernisierungsgesetzes, um ihre Schulden von 6 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf 1,8 Milliarden Euro zu reduzieren. Für das Jahr 2005 sei damit zu rechnen, dass die „Gesamtverschuldung fast vollständig abgebaut“

worden sei. Trotzdem werden die Versicherten, auch wegen der Koalitionsbeschlüsse, weiter kräftig zahlen müssen: „Der Trend – die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen – hält an“, so die Prüfer. Für weitere Beitragssenkungen bestehe „kein Spielraum“. Die Gesundheitsreform, kommentiert die linke Haushaltspolitikerin Gesine Löttsch, sei angesichts dieser Bilanz „offensichtlich gescheitert“.



DOMINIK BUTZMANN / LAIF

MICHAEL URBAN / DDP



KOALITION

## SPD gegen Hühner-Käfige

Gegen die Wünsche der Union und etlicher Länder will die Spitze der SPD-Bundestagsfraktion am Verbot der Käfighaltung für Legehennen festhalten. „Wir wollen kein zurück zur Käfighaltung“, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern wollen am 7. April eine Verordnung durch den Bundesrat bringen, die es erlaubt, Hühner auch künftig in Kleinkäfigen zu halten, die jedem Tier nur eine Fläche von etwas mehr als einem DIN-A4-Blatt zugestehen. „Eine solche Verordnung entspräche sicher nicht dem Tierschutz“, sagt Kelber. Die SPD werde sich bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Agrarminister Horst Seehofer (CSU) für den Erhalt des Käfigverbots einsetzen.

AUSSENPOLITIK

## Heikle Hilfe

Mit ihrer geplanten Teilnahme beim Treffen konservativer Parteien Ende März in Rom gerät Kanzlerin Angela Merkel in die Kritik des Koalitionspartners. In einem Schreiben an Merkel sowie acht weitere konservative Regierungschefs warnt Martin Schulz, SPD-Präsident und Chef der Sozialisten im Europa-Parlament, vor einer „Unterstützung des Wahlkampfes von Silvio Berlusconi“ – auch durch dieses Treffen. Seine Begründung: Grundsätzlich sei gegen eine Unterstützung nichts einzuwenden, aber Berlusconi habe für die Wahl am 9. und 10. April ein Bündnis mit der Bewegung der Neofaschistin Alessandra Mussolini geschlossen. Zudem gehört zu der gemeinsamen Plattform auch die faschistische „MS Fiamma Tricolore“, deren Vorsitzender Luca Romagnoli vor kurzem die Existenz der Gaskammern Nazi-Deutschlands angezweifelt hatte. „Eine Beteiligung von Holocaustleugnern“ an der italienischen Regierung, warnt Schulz, werde „nicht ohne weitreichende Folgen für Europa und gerade für Deutschland bleiben“. Das Verhältnis zwischen Berlusconi und Schulz ist seit Jahren gespannt. Der italienische Ministerpräsident hatte Schulz 2003 im Europaparlament mit einem KZ-Aufseher verglichen.



Merkel, Berlusconi

FRUSTACI / EBDON / ROPI

FRAKTIONEN

## FDP contra Linkspartei

Nach der Entscheidung der Berliner Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG), bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus konkurrierend zur Linkspartei anzutreten, drängt die FDP im Bundestag auf Konsequenzen: „Sobald die WASG beim Landeswahlleiter in Berlin eine Liste einreicht, muss der Ältestenrat sich damit beschäftigen“, fordert der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag, Jörg van Essen. Hintergrund ist die Geschäftsordnung des Bundestags. Danach dürfen Angehörige von Gruppen und Parteien, die in Ländern im Wettbewerb stehen, im Bundestag keine gemeinsame Fraktion bilden. Ein „konkurrierendes Antreten“ von Linkspartei und WASG in Berlin stellt laut van Essen die geforderte „Homogenität der Bundestagsfraktion in Frage“. Die Konsequenzen sind unter Juristen umstritten. Möglich ist die Auflösung der Fraktion aber auch das Ausscheiden der WASG-Mitglieder aus der 53-köpfigen Fraktion – mit finanziellen Folgen. „Wenn eine Fraktion weniger Abgeordnete hat, bekommt sie auch weniger Geld“, sagt van Essen.



KARL-BERND KARWASZ

Linke im Bundestag